

Jochimsen, Reimut

Article — Digitized Version

Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur: Eine Replik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Jochimsen, Reimut (1976) : Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur: Eine Replik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 5, pp. 248-249

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134950>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur

Eine Replik

Reimut Jochimsen, Bonn

Im vorletzten Heft veröffentlichten wir einen Beitrag von Prof. Dr. Armin Hegelheimer über „Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur“¹⁾. Kritische Einwände gegen Hegelheimers Analyse kommen vom Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Jochimsen.

Der Aufsatz Hegelheimers ist in der Rubrik „Wissenschaft für die Praxis“ erschienen. Das begründet den Anspruch, in der Praxis verwertbare Ergebnisse zu präsentieren. In dieser Hinsicht sind jedoch einige Zweifel anzumelden.

Hegelheimer weist mit Recht auf die Folgen einer zunehmenden „Gymnasialisierung“ und auf die Problematik hin, die durch die wechselseitigen Beziehungen zwischen „Aufstiegsdurchlässigkeit“ im Beruf und Durchlässigkeit im Bildungswesen besteht. Der Satz „Gerade als Folge der Bildungsexpansion in Gymnasien und Hochschulen steigt damit das Arbeitsmarktrisiko der geringer qualifizierten Arbeitskräfte“ ist dann aber hinsichtlich der praktisch-politisch zu ziehenden Schlußfolgerungen so offen formuliert, daß mancher dahinter den Rat zum Abbau dieser Bildungsexpansion, zur Rückkehr zur Bildungsstruktur etwa der 50er Jahre vermuten könnte.

Hegelheimer legt eine Bestandsaufnahme vor, die Anlaß zu kritischen Einwänden gibt. Ausgangspunkt seiner Analyse ist die These, „die Bildungspolitik“ – und auch gleich noch „die institutionalisierte Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ – folge der Konzeption einer prinzipiellen und bewußten Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Diese These ist nicht nur unzutreffend – mit Sicherheit ist sie falsch für die Bildungspolitik der Bundesregierung –, sondern

sie ist auch eher geeignet, Probleme zu verdecken als offenzulegen. Hegelheimer selbst führt aus: „Es besteht im Beschäftigungssystem ein gewisser Widerspruch zwischen den mittelfristigen und den langfristigen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte“. Dies ist das eigentliche Problem, wobei hinzuzufügen ist, daß die Feststellung nicht nur hinsichtlich der Qualitäten, sondern auch der Quantitäten gilt.

Es geht also nicht um einen Prinzipienstreit über Ja oder Nein zur Entkoppelung, sondern es geht darum, wie denn nun Bildung und Bedarf – der im übrigen nicht nur aus ökonomisch-technischen Entwicklungslinien abzuleiten ist – zu koppeln sind.

Von einer „Tabuisierung der Bedarfsforschung“ zu sprechen, ist schlechthin widersinnig, wenn allein mit Förderung durch die Bundesregierung in den letzten Jahren Bedarfsprognosen für Fachrichtungen vorgelegt worden sind, in denen 80 % aller Studenten studieren. Auch die Arbeiten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit sollten nicht einfach aus dem Blickfeld geraten. Kritisch zu beurteilen ist sicherlich die noch überwiegende quantitative Ausrichtung der Bedarfsprognosen; die Qualifikationsforschung im engeren Sinne steckt noch in den Anfängen. Dies ist aber nicht eine Folge einer angeblichen „Tabuisierung“, sondern eines noch unzureichenden Forschungspotentials.

Die Widersprüchlichkeit von Hegelheimers Analyse läßt sich auch an den Stichworten „Akademikerproletariat“ und „Duales System“ nachweisen. Der Autor spricht einerseits kritisch vom „stereotyp verwandten Argument von der geringen Arbeitslosigkeit der Akademiker“. Hinsichtlich der Bewertung der Arbeitsmarktstatistiken hierzu kann man seine Skepsis durchaus teilen. Er sagt aber an anderer Stelle: „Langfristig (dürfte) die Gefahr eines akademischen Prole-

¹⁾ Armin Hegelheimer: Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 56. Jg. (1976), H. 3, S. 152 ff.

Prof. Dr. Reimut Jochimsen, 42, ist seit 1973 Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in Bonn. Zuvor war er Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Direktor des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel.

tariats auch geringer als die Gefahr des Entstehens eines 'neuen nicht-akademischen Proletariats' sein", weil nämlich „Arbeitslosigkeit nach unten verdrängt wird.“ Die Frage muß erlaubt sein, was denn nun gelten und an welchem Teil der Analyse sich die Praxis orientieren soll. Und gerade mit Blick auf die nächsten zehn Jahre muß die Frage erlaubt sein, wo denn Herr Hegelheimer alternative Ausbildungsangebote für alle die sieht, die nach seiner Auffassung zuviel an den Hochschulen sind — ohne daß auch und gerade die „Ausbildungslosigkeit“ nach unten verdrängt wird.

Zur Entwicklung des dualen Systems wird der Fünfte Entwurf des Bildungsgesamtplans kritisiert, der „einen Rückgang des dualen Systems von 57 % der entsprechenden Altersjahrgänge im Jahre 1970 auf 37 % im Jahre 1985 prognostiziert“ und quasi eine Politik der gesteuerten Auflösung des dualen Systems konzipiert habe.

Ein Blick auf die Tatsachen ist hier hilfreich. Der Bildungsgesamtplan prozentuiert auf die Schülerzahl in der Oberstufe, nicht auf Jahrgänge. Er projiziert einen Rückgang des Anteils des dualen Systems von 63,1 % im Jahre 1970 auf 50–48 % im Jahre 1985, also einen Rückgang um etwa ein Fünftel. Im dualen System wurden 46,3 % der 15- bis unter 19jährigen im Jahre 1960, 42,3 % im Jahre 1970 und 38,9 % im Jahre 1975 ausgebildet. Bezogen auf die Altersjahrgänge ist also während der letzten 15 Jahre der Anteil des dualen Systems um ein Sechstel zurückgegangen; der Rückgang bezogen auf die Schülerzahlen ist stärker, weil die vollzeitschulische Ausbildung im Durchschnitt länger dauert. Man mag beklagen, daß zu wenig geschieht, um diesen Trend aufzuhalten. Besser wäre es, die Anstrengungen für eine finanzielle Absicherung der betrieblichen Ausbildung und für den Ausbau des beruflichen Schulwesens durch die Länder zu unterstützen.

Daß die im Berufsbildungsgesetz konzipierte Finanzierungsregelung zu „Berufsfehlengungen“ führen kann, „sofern die Betriebe nicht vorrangig für den berufsspezifischen Bedarf, sondern in erster Linie wegen der Zuschußgewährung ausbilden“, ist so sicherlich richtig. Es kann aber kaum als Argument gegen die Finanzierungsregelung angeführt werden, wenn man weiß, daß in den Berufen, in denen seit Jahrzehnten fast unverändert zwei Drittel der männlichen Jugendlichen ausgebildet werden, nur ein Drittel der männlichen Erwerbspersonen arbeitet. In den Berufen, in denen neun Zehntel der weiblichen Jugendlichen ausgebildet werden, arbeiten nur 30 % der weiblichen Erwerbstätigen. Der angebliche Vorsprung des dualen Systems in der Bedarfsorientierung vor den Bildungsgängen in Schulen und Hochschulen ist nichts als eine Fabel.

Einleitend zu dem Beitrag von Hegelheimer wird die „Bildungspolitische Zwischenbilanz“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zitiert. Sie beschäftigt sich ausführlich mit Fragen des Zusammenhangs von Bildungs- und Beschäftigungssystemen und enthält eine Darstellung der Schlußfolgerungen, die aus unserer Sicht aus den vorliegenden Erkenntnissen zu ziehen sind. Die Zwischenbilanz geht davon aus, daß einerseits mit Wehklagen über „Gymnasialisierung“ oder die „Dominanz von Zertifikaten über die Leistung“ nichts gewonnen ist und daß andererseits jeder Versuch, die Bildungsexpansion zurückzudrehen, sozialpolitisch nicht zu verantworten und überdies zum Scheitern verurteilt wäre. Nicht Abbau, sondern Umbau muß die Devise sein. Es muß deshalb gehen, Ungleichgewichte zwischen den Bildungswesen abzubauen und darauf hinzuwirken, daß die verschiedenen Wege zu realen Alternativen für Berufs- und Lebenschancen werden. Das heißt, daß die Hauptschule inhaltlich und in der Ausstattung mit Vorrang verbessert werden und letztlich mit den neustrukturierten Bildungsgängen der Mittelstufe in die Gesamtschule münden muß. Das heißt, die berufliche Bildung quantitativ und qualitativ aufzubauen und nicht ihre Qualität zu senken, weil dann vorgeblich mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt würden. Das heißt, den Trend zu immer längerer Erstausbildung zu stoppen und statt dessen mehr Raum für Weiterbildung zu schaffen. Das heißt, Qualifikationen zu vermitteln, die nicht einfach an den Anforderungen des ersten Arbeitsplatzes orientiert sind, sondern vielfältig und langfristig verwertbare Kenntnisse und Fähigkeiten beinhalten. Dann kann an die Stelle von Umschulung künftig Zusatzausbildung treten. Das heißt, anstatt Rechnungen mit „gleichbleibenden Einkommensrelationen“ zwischen Hochschulabsolventen und anderen Erwerbstätigen anzustellen, deutlich zu machen, daß ein Studium künftig nicht mehr als Garantie für Status und Einkommen angesehen werden kann. Das heißt schließlich für die kommenden Jahre, die Kapazitäten aller Bildungseinrichtungen — auch der Hochschulen — voll zu nutzen, damit nicht die schwierigen Beschäftigungsprobleme der kommenden Jahre einseitig nur zu Lasten einzelner Bevölkerungsgruppen gehen oder ein Dequalifikationsprozeß für die nachwachsende Generation eingeleitet wird, der ökonomisch kurzsichtig und gesellschaftspolitisch unerwünscht wäre.

Die Krise der Bildungspolitik besteht letztlich darin, daß das Konzept der Expansion unveränderter Strukturen an seine Grenze gestoßen ist. Eine Krise der Bildungsforschung müßte entstehen, wenn sie in der Analyse unscharf und im Rat verschwommen bliebe.